

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 01. Juni 2023 in Luxemburg, Teil Verkehr

Am 01. Juni 2023 fand die formelle Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie unter schwedischem Vorsitz statt. Bei der Ratstagung wurden ausschließlich Dossiers aus dem Verkehrsbereich behandelt. Österreich war bei diesem Treffen durch FBM Gewessler vertreten.

Der Rat führte eingangs eine Orientierungsaussprache zur **Richtlinie über den Führerschein zur Änderung der Richtlinie (EU) 2022/2561, der Verordnung (EU) 2018/1724 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/126/EG und der Verordnung (EU) Nr. 383/2012**. Die EK stellte die 5 wesentlichen Elemente des Vorschlags vor: begleitetes Fahren ab dem Alter von 17 Jahren, eine verpflichtende Probezeit von 2 Jahren für Fahranfänger u.a. mit einer Null-Toleranz Regel für Alkohol am Steuer, eine Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes für alle die einen neuen Führerschein oder die Verlängerung eines bestehenden beantragen, den Abbau von Sprachbarrieren sowie das EU Wallet als Lösung zur Gewährleistung von Interoperabilität und Sicherheit. Die MS, u.a. auch AT, unterstützten im Allgemeinen die Ziele des RL-Vorschlags.

Ich begrüßte die Regelung betreffend begleitetes Fahren grundsätzlich, trat jedoch für Flexibilität für die MS ein, da bestehende und bewährte nationale Systeme – wie etwa die etablierte L17 Fahrerlaubnis in AT – weiter möglich sein müssten. Die Regelung der Führerscheinbefristung für ältere Personen wurde von mir abgelehnt, da eine unverhältnismäßig starke Einschränkung des Mobilitätsverhaltens der betroffenen Personen zu befürchten wäre. Ein breiterer Ansatz hinsichtlich der Instrumente zur Beibehaltung der Fahrtauglichkeit sei vorzuziehen wie z.B. durch Fahrsicherheitsübungen. Hinsichtlich Digitalisierung betonte ich, dass in AT digitale Führerscheine seit Oktober 2022 erhältlich sind.

Zur **Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/413 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte** verwies der VS auf den vorliegenden Fortschrittsbericht und die EK betonte die Wichtigkeit des Dossiers. Der Vorschlag wurde von mir grundsätzlich unterstützt, Detailfragen müssten jedoch noch geklärt werden. Ich verwies ebenfalls auf die positiven Erfahrungen bei der elektronischen Übermittlung von Amtshilfeersuchen iR des Salzburg Forums und schlug vor, dass die Möglichkeit der Vollstreckungsabtretung in die RL aufgenommen werden sollte. Zu den Umsetzungsfristen äußerte ich mich kritisch, ebenso zur Regelung von Organstrafmandaten in der derzeitigen Form.

Unter „Sonstiges“ informierte der VS über den Sachstand des **Pakets „Fit für 55“** (Verordnung über die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr [Initiative „FuelEU Maritime“]; Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe [AFIR]; Verordnung zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr [Initiative „ReFuelEU Aviation“]), der **Verordnungen über den einheitlichen europäischen Luftraum 2 + (SES2+-Paket)**, der **Überarbeitung der Richtlinie zum Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS)**, der **Überarbeitung der Verordnung über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)** und der **Richtlinie über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Fahrberechtigungsverlust**. Die EK begrüßte die erzielten Fortschritte und vorläufigen Einigungen und sprach ihre Hoffnung auf eine Einigung zur TEN-V RL und auf eine Allgemeine Ausrichtung zum Paket über die Straßenverkehrssicherheit und des Seeverkehrspakets unter ES VS aus.

Die EK informierte über die **Entwicklungen infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine – Initiative für Solidaritätskorridore und Sanktionen**, betonte die Wichtigkeit der Solidaritätskorridore und schlug eine Spezialisierung und Reduzierung von Kosten der Solidaritätskorridore sowie eine schärfere Umsetzung bzw. Anwendung der Sanktionen vor. In der anschließenden Diskussion unterstützen die MS die Solidaritätskorridore.

Weiters informierte die EK über die **Vorbereitung der Sommerflugplanperiode** und rief alle Beteiligten dazu auf, möglichst koordiniert vorzugehen, frühzeitig Kapazitäten aufzubauen und besonders vorrauschauend zu planen, um chaotische Zustände, wie sie im Sommer 2022 herrschten, zu vermeiden.

Gemeinsam mit FR, IRL und NL informierte ich über die notwendige **Bekämpfung der Umweltauswirkungen von Reisen mit Privatjets auf EU-Ebene**. Ich wies darauf hin, dass

die Bemühungen zur Reduktion umweltschädlicher Treibhausgasemissionen deutlich verstärkt werden müssen, um das gemeinsame Ziel einer klimaneutralen EU bis spätestens 2050 erreichen zu können. Eine besondere Herausforderung stelle dabei die Dekarbonisierung des Luftverkehrs dar, da dieser Sektor eine der größten Wachstumsraten an Treibhausgasemissionen aufweise. Neben den verschiedenen Initiativen im Rahmen des Fit-for-55 Pakets, wie insbesondere der in Kürze finalisierten RefuelEU Aviation VO, müsse auf EU-Ebene ein verstärktes Augenmerk auf die Klima- und Umweltproblematik im Zusammenhang mit Privatjetflügen bzw. der Business Aviation gelegt werden, da diese Mobilitätsform einen unverhältnismäßig hohen pro Kopf Ausstoß klimaschädlicher Emissionen verursacht. Vor dem Hintergrund der Umweltauswirkung sei zuletzt auch die öffentliche Kritik in der Gesellschaft an Privatjetflügen lauter geworden. Ich erklärte, diesen Rahmen nutzen zu wollen, um die Diskussion über die Problematik klimaschädlicher Emissionen durch Privatjets voranzubringen und über gemeinsame europäische Lösungen nachzudenken. Privatjetflüge und der Business Aviation Sektor sollen und müssen einen angemessenen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten. Ich verwies auch auf ein Schreiben, in dem ich mich aufgrund der Bedeutung dieser Problematik gemeinsam mit FR und den NL kürzlich an die EK gewandt hatte.

Die CZ Delegation lud **zum XXVII. Kongress des Welt-Straßenverbands PIARC vom 2.-6. Oktober 2023 in Prag** und informierte, dass die aktuellen Entwicklungen zur Verkehrssicherheit, Straßeninfrastruktur, Radverkehr und aktive Mobilitätspolitik im Fokus des Kongresses stehen.

BG, FR, IT, PL, RO, SK, CZ und HU informierten über **den Vorschlag zu Emissionsnormen für Neufahrzeuge EURO 7 und seine Auswirkungen auf die Mobilität in der EU** und kritisierten vor allem die negative Auswirkung der Investitionskosten auf die neuen Fahrzeuge, die zu kurzen Fristen und die Grenzwerte. Zusammen mit LU, IE und den NL unterstützte ich den Vorschlag, wies auf das Ziel zur Verbesserung der Luftqualität und des Gesundheitsschutzes hin. Ich erklärte, überzeugt zu sein, dass auch die Fahrzeugindustrie einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung leisten könne. Ich sprach jedoch Flexibilität hinsichtlich der Fristen aus und appellierte an die MS, einen Kompromiss zu finden, der die Ambition des Vorschlags widerspiegeln und den Green Deal nicht gefährde.

Seitens DE und IT erfolgten Informationen zum **freien Warenverkehr entlang der Brennerautobahn**. Sie wiesen auf die Notwendigkeit einer Lösung für die Probleme des freien Warenverkehrs entlang der Brennerstrecke hin. DE forderte die Aufhebung des Dosiersystems, da dieses zu Verkehrsbeeinträchtigungen und langen Lkw-Rückstaus in

Bayern führen würde. IT führte aus, die von AT getroffenen Notfallmaßnahmen zur Begrenzung des Güterschwerverkehrs rechtswidrig seien, und forderte die EK zur Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens auf. Außerdem stellen die Maßnahmen seitens AT einen Präzedenzfall dar. Das Vorbringen wurde von BG, CZ, LT, NL und RO unterstützt.

Ich hob die Bedeutung des Brenner-Korridors, den dieser insbesondere für AT, DE und IT habe, hervor und erinnerte daran, dass AT Mrd. in die Instandhaltung und den nachhaltigen Betrieb investiere, vor allem in den Ausbau der Schieneninfrastruktur. Jedoch sei nicht zu ignorieren, dass die Kapazitätsgrenzen dieser Strecke bereits seit langem erreicht wurden. Der Verkehr am Brenner habe im letzten Jahr mit knapp 2,5 Mio. Lkw, das ist mehr als an allen anderen Alpenübergängen gemeinsam, einen neuen Rekord erreicht. 90% waren Transitfahrten, davon 30 % Umwegfahrten, das heißt Nutzung der Brennerstrecke, obwohl diese nicht die beste Route war. Ich erklärte, dass angesichts dieser untragbaren Situation AT zur Ergreifung von Notfallmaßnahmen gezwungen war. Diese resultierten auch aus EU-Verpflichtungen, die Luftgrenzwerte einzuhalten und die Sicherheit des Verkehrs sicherzustellen. Das Prinzip des freien Warenverkehrs sei gewährleistet, da dieses kein Recht auf ungehinderten Güterschwerverkehr auf der Straße darstelle, sondern ebenso den Gütertransport auf der Schiene umfasse, wo es noch ausreichend freie Kapazitäten gebe. Ich betonte, dass AT weiterhin bereit sei, mit DE und IT an wirksamen Alternativlösungen zu arbeiten und verwies auf vorliegende Lösungsansätze, die von den drei betroffenen Regionen gemeinsam erarbeitet worden seien. Mein Vorbringen wurde von BE und LU unterstützt.

Die EK erklärte, dass sich die Situation entlang der Brennerstrecke auf den ganzen Skandinavisch-Mediterranen Verkehrskorridor auswirke und dass der von der EU mitfinanzierte Brenner-Basis-Tunnel einen wichtigen Bestandteil der Lösung darstelle. Sie bedankte sich bei AT, DE und IT für die Arbeit an Kompromisslösungen und konstruktiven Lösungsansätzen, drängte jedoch auf einen Abschluss der Gespräche.

Gemeinsam mit den NL informierte ich über die Ergebnisse des dritten **Fortschrittsberichts der Plattform für den Internationalen Schienenpersonenverkehr**, der die Herausforderungen des Nachtzug- und des grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehrs untersuche und betonte die Notwendigkeit einer intensiven Koordination im grenzüberschreitenden Schienenverkehr.

FI berichtete über die **finnische Kandidatur für das Amt des Generalsekretariats der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO)**.

Abschließend präsentierte ES das **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes** und nannte als einen Schwerpunktbereich den Verkehr in Bezug auf den sozialen und territorialen Zusammenhalt. Hierzu werde ein informelles Treffen der Verkehrsminister:innen am 21./22. September in Barcelona stattfinden. Weiters strebe ES zur TEN-V VO eine Einigung mit dem EP an und wolle das SES 2+ Paket im Hinblick auf die Emissionen und die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrs vorantreiben. Fortschritte erzielen wolle ES auch zu den im März vorgelegten Vorschlägen zur Straßenverkehrssicherheit und den geplanten und demnächst zu erwartenden EK-Vorschlägen, insbesondere zum Greening Freight Package.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

15. September 2023

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin